



BÜRGERBRIEF

AUSGABE Oktober 2025

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Leserinnen und Leser, liebe Mitbürger,

der Name ist Programm und soll uns Verpflichtung sein: Mit unserem BÜRGERBRIEF wollen wir Sie fortan über die Arbeit der FRAKTION FREIE WÄHLER in der Stadtverordnetenversammlung unserer Stadt informieren.

Wir wollen Ihnen zeigen, mit welchen Themen wir uns beschäftigen, wie und warum bestimmte Entscheidungen getroffen werden.

Wir wollen Sie aber auch herzlich einladen, mit uns ins Gespräch zu kommen und das Für und Wider interessierender Entscheidungsprozesse zu diskutieren und gemeinsam unsere Sichtweisen auszutauschen.

Dabei wollen wir gut zuhören und genau hinsehen. Denn auch in der Kommunalpolitik kommt es auf den Blickwinkel an, um Abläufe und Inhalte zu verstehen.

Denn nur gemeinsam gestalten wir das Leben in unserer Stadt.

Für Ihre Hinweise und Anregungen sind wir dankbar. Nehmen Sie uns bitte beim Wort.

Freundliche Grüße
Dirk Stieger

Themen dieser Ausgabe

Dirk Stieger

Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan gefasst - Zukunftsentwicklung zum großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandort auf gutem Weg.

Marco Bergholz

Beitritt der Stadt Brandenburg an der Havel zur Digitalen Archivierung Nord (DAN)

Dirk Stieger

Planungsrecht zum „Bildungscampus Wiesenweg“ auf gutem Weg

Niklas Stieger

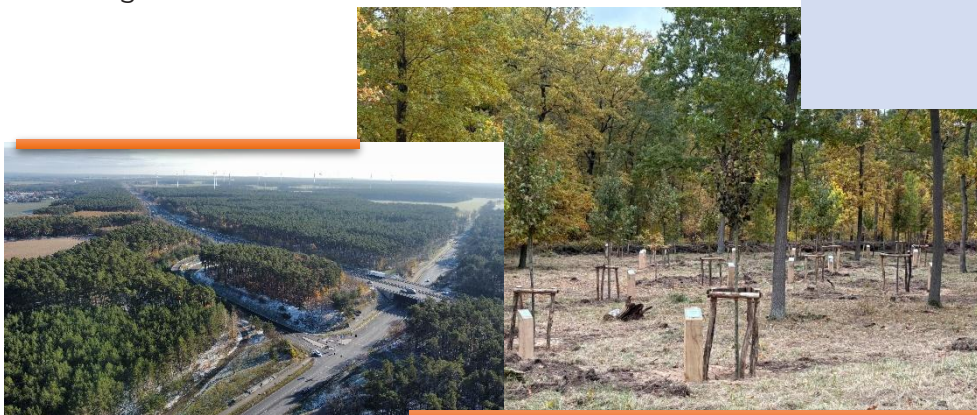
Freie Wähler unterstützen Antrag zur Bedarfsanalyse eines Jugendgästehauses

Norbert Langerwisch

Rahmenkonzept für Freiflächen - Photovoltaik-Anlagen

Dirk Stieger

Auch andere Fraktionen haben gute Ideen - mehr Sitzgelegenheiten im öffentlichen Raum.





***Dirk Stieger: Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan gefasst -
Zukunftsentwicklung zum großflächigen gewerblich-industriellen
Vorsorgestandort auf gutem Weg.***

Die von der Verwaltung vorgelegte Beschlussvorlage zum Aufstellungsbeschluss eines Bebauungsplanes zum künftigen Industrie- und Gewerbestandort an der Autobahn bei Paterdamm erhielt bei der Abstimmung in der SVV die erforderliche Mehrheit.

Für unsere Fraktion ist diese Entscheidung und Entwicklung eine maßgebliche Zukunftsfrage für unsere Stadt. Dabei haben wir auch in der SVV zu einer realistischen Einschätzung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung mit den Auswirkungen auf unsere Stadt aufgefordert. Wenn etwa der neue Beraterkreis des Bundeswirtschaftsministeriums einen klaren Kurswechsel weg von bisherigen Industriefeldern und hin zu neuen Zukunftstechnologien fordert, wenn dabei klar ist, dass deutlich höhere Energiepreise dauerhaft bleiben werden, dann muss man kein Prophet sein, um die damit verbundenen Folgen für unsere Stadt als Stahlstandort zu erkennen. Für uns kann in Verantwortung für die Menschen, die hier leben und arbeiten, nicht die Lösung sein, sich diesem Schicksal zu ergeben. Im Gegenteil: Wir müssen neben der Unterstützung bestehender Unternehmen jetzt auch gezielt neue Entwicklungen und einen aktiven Umbau der Industrielandschaft hier vor Ort zulassen und befördern.

Dabei hängen wir keinen sozialromantischen Träumereien nach, sondern betrachten die Lage klar und mit der notwendigen Ernsthaftigkeit.

Gerade diese Ernsthaftigkeit und das von Realismus getragene Durchdringen der zwingenden Notwendigkeit hätten wir uns bei der Abstimmung in der SVV gewünscht, auch als klares Signal an künftige Investoren. Der Beschlussantrag wurde letztlich mit 23 Stimmen und 11 Gegenstimmen angenommen. Die Gegenstimmen der Grünen verwunderten nicht. Die Gegenstimmen aus Teilen der AfD, von Linken und BSW verwunderten dann schon. Zählen dort Industriearbeitsplätze hier vor Ort nichts mehr? Kann sich dort niemand vorstellen, was eine industrielle Großansiedlung mit etwa 5.000 oder gar 10.000 neuen Arbeitsplätzen für die Zukunftssicherung unsere Stadt und für Familien, die hier leben, bedeuten würde? Fachleute wissen das und können z.B. den Kaufkraftzuwachs bis zum Brötchen beim Bäcker herunter rechnen.

Wir haben der Vorlage zugestimmt, obwohl wir die Reduzierung der ursprünglich geplanten Fläche von 400 Hektar auf nun nur noch 170 Hektar für falsch halten. Wir wissen und



BÜRGERBRIEF

AUSGABE Oktober 2025

respektieren, dass hierfür Gründe des Naturschutzes - auf einen Seeadlerhorst war hingewiesen worden - maßgeblich waren. Maßgeblich sind für uns aber zuerst die Lebensverhältnisse der Menschen in unsere Stadt und die werden sich drastisch verändern, wenn wir mit der Vorbereitung großflächiger Industriensiedlungen jetzt nicht beginnen. Wir stehen dabei auch im Wettbewerb zu anderen Regionen, ja sogar mit direkten Nachbargemeinden entlang der Autobahntrasse.

Das jetzt auf den Weg gebrachte Bebauungsplanverfahren wird nicht dazu führen, dass

jetzt eine Rodung der Kiefernbestände begonnen wird. Auch werden jetzt keine Erschließungsarbeiten vor Ort ausgeführt. Wir wollen jetzt die planerischen Vorarbeiten leisten, um dann mit diesem Planungsrecht Investitionen zu ermöglichen. Das jetzt begonnene förmliche Verfahren beinhaltet umfassende Beteiligungsrechte und berücksichtigt selbstredend auch Aspekte des Natur- und Umweltschutzes. Es gibt kaum ein Land, in dem die Umweltstandards so hoch festgelegt sind.

Wir werden als Fraktion auch das weitere künftige Planverfahren mit Interesse begleiten.





*Marco Bergholz: Beitritt der Stadt Brandenburg an der Havel zur
Digitalen Archivierung Nord (DAN)*

Die Stadt Brandenburg an der Havel wird dem Kooperationsverbund Digitale Archivierung Nord (DAN) beitreten. Damit sichert die Stadt langfristig die Archivierung ihrer digitalen Unterlagen, die im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung der Verwaltung immer wichtiger werden.

Der Verbund DAN ist ein Zusammenschluss mehrerer Landes- und Staatsarchive aus Nord- und Ostdeutschland, darunter auch das Brandenburgische Landeshauptarchiv. Ziel ist es, digitale Dokumente dauerhaft, sicher und nach einheitlichen Standards zu speichern. Durch den Beitritt profitiert die Stadt von einer erprobten technischen Infrastruktur, fachlicher Unterstützung und Kostenvorteilen, da Ressourcen gebündelt und Erfahrungen geteilt werden.

Für das Stadtarchiv bedeutet die Teilnahme, dass künftig auch digitale Akten und Verwaltungsdokumente fachgerecht aufbewahrt und

zugänglich gemacht werden können – ein wichtiger Schritt für die digitale Zukunft der Stadtverwaltung.

Die Kosten für den Verbund sind überschaubar: einmalig etwa 3.500 Euro für die Einrichtung sowie jährliche Betriebs- und Wartungskosten von rund 1.900 Euro. Zudem ist ab 2025 eine zusätzliche Stelle im Stadtarchiv eingeplant, um die neuen Aufgaben im Bereich der digitalen Archivierung zu bewältigen.

Mit dem Beitritt folgt Brandenburg an der Havel dem Beispiel anderer Kommunen wie Frankfurt/Oder und Potsdam und trägt dazu bei, dass die Geschichte und Verwaltung unserer Stadt auch im digitalen Zeitalter dauerhaft bewahrt und zugänglich bleibt.

Wir als Freie Wähler begrüßen den gestern mehrheitlich in der SVV getroffenen Beschluss ausdrücklich.



BÜRGERBRIEF

AUSGABE Oktober 2025



Dirk Stieger: Planungsrecht zum „Bildungscampus Wiesenweg“ auf gutem Weg

Unter Federführung von Bürgermeister Michael Müller hat die Verwaltung nun die Beschlussvorlage über den Entwurf und die Beteiligung der Öffentlichkeit, der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange zum Bebauungsplan „Bildungscampus Wiesenweg“ vorgelegt.

Nach der Befassung in den Ausschüssen fand die Vorlage ohne Diskussion in der SVV eine große Mehrheit. Damit kommt auch dieses wichtige

Zukunftsthema weiter voran. Bestmögliche Bildungschancen hier vor Ort - das ist Aufgabe, Anspruch und Verpflichtung zugleich.

Mit dem Beschluss der SVV zum künftigen Bildungscampus am Wiesenweg haben wir als Stadtverordnete den Bürgerinnen und Bürgern, den Schülern und Eltern auch ein Versprechen gegeben. Auf dem Weg, dieses Versprechen auch umzusetzen, war dieser nun gefasste Beschluss ein weiteres Teilstück.



BÜRGERBRIEF



Niklas Stieger: Freie Wähler unterstützen Antrag zur Bedarfsanalyse eines Jugendgästehauses

Die Freien Wähler begrüßen und unterstützen den Antrag zur Bedarfsanalyse und Standortprüfung für ein Jugendgästehaus und/oder ein Hostel.

„Das ist ein guter Schritt in die richtige Richtung, denn Brandenburg an der Havel braucht mehr niedrigschwellige Übernachtungsangebote – gerade für junge Menschen, Schulklassen und sportlich aktive Gäste“, betont Niklas Stieger.

Der Antrag sieht vor, den Bedarf an einem Jugendgästehaus oder Hostel zu ermitteln und geeignete Standorte in der Stadt zu prüfen.

Aus Sicht der Freien Wähler ist dieses Anliegen grundsätzlich sehr zu begrüßen, weil es auf eine bestehende Lücke in der touristischen Infrastruktur reagiert.

Gleichzeitig regen wir als Freien Wähler an, den Blick noch etwas weiter zu fassen: Eine umfassendere Bedarfsanalyse für die gesamte Stadt wäre wünschenswert – also nicht nur für

Jugendunterkünfte, sondern auch für Hotels, Pensionen und andere Übernachtungsformen.

So könnten wir ein vollständiges Bild darüber gewinnen, wo Brandenburg an der Havel touristisch steht und wo künftig investiert werden sollte.

Die Freien Wähler sehen im nun beschlossenen Prüfauftrag dennoch ein wichtiges Signal. Gerade für jüngere Besuchergruppen, Studierende und Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Sport- und Kulturveranstaltungen könne ein Jugendgästehaus oder Hostel eine deutliche Aufwertung des Angebots bedeuten. Ein solches Projekt passt gut zu unserer Stadt, die sich in den letzten Jahren als Sport-, Kultur- und Wissenschaftsstandort weiterentwickelt hat.

Wir unterstützen daher die Initiative und freuen uns auf die Ergebnisse der Untersuchung, die hoffentlich eine solide Grundlage für zukünftige Entscheidungen im Bereich Tourismus und Stadtentwicklung schaffen wird.



Norbert Langerwisch: Rahmenkonzept für Freiflächen - Photovoltaik-Anlagen

In einer umfangreichen, sehr akribischen Arbeit hat die Stadtplanung einen Beschluss vorgelegt, welche Flächen innerhalb des Stadtgebietes aufgrund ihrer Lage, ihrer Nutzung oder Nutzungsperspektive oder ihrer wirtschaftlichen Bedeutung in Frage kommen, um darauf Photovoltaikanlagen zu errichten. Besonders positiv sehen die Freien Wähler, dass Flächen von Gebäuden oder anderen Baulichkeiten – vor allem

solche im städtischen Eigentum – entsprechend genutzt werden können.

Diese Überlegungen wurden gemeinsam mit den Stadtwerken vorgenommen und haben zu einem positiven Ergebnis geführt.

Die SVV hat diesem Beschluss mit großer Mehrheit zu gestimmt.





Dirk Stieger: Auch andere Fraktionen haben gute Ideen - mehr Sitzgelegenheiten im öffentlichen Raum.

Die BSW-Fraktion hat mit ihrem Beschlussantrag zu mehr Sitzgelegenheiten zur Steigerung der Lebensqualität genau unseren Nerv getroffen. Auch wir sind mit den Ideen zum Hitzeaktionsplan, zu mehr Grünoasen mit Schatten und Wasserspendern oder zur Umgestaltung einzelner Innenstadtbereiche (z.B. Erlebniswelt am Havelufer) unterwegs.

Auch das sogenannte Stadtmobiliar ist dabei für uns wichtig und das betont auch der BSW-Antrag. Wir wollen mit ansprechenden, zweckmäßigen und funktionellen Bänken und sonstigen Sitzmöglichkeiten, auch unterschiedliche Zielgruppen ansprechen.

Was der BSW-Antrag dabei fordert, sind zunächst konzeptionelle Überlegungen zum Bedarf („ausreichende Anzahl“), zu Form, Funktion und Gestaltung. Darüber zu beraten, dazu Ideen zu sammeln und in die Öffentlichkeit zu tragen, erscheint uns wichtig.

Warum nicht auch einige Muster auf einem Platz in der Stadt „zur Erprobung“ vorstellen und die Meinungen der Nutzer erfragen?

Der BSW-Antrag fand nun eine Mehrheit und markiert einen wichtigen Anfang. Aus unserer Sicht kann die Ausstattung des öffentlichen Bereiches der Stadt mit neuen Stadtmöbeln, die

zum Sitzen und Verweilen einladen, auch ein Thema mit Blick auf das nahende Stadtjubiläum sein.

Und natürlich kostet das auch Geld. Sicher kann man einzelne Bereiche in der Stadt auch über Spenden mit neuen Bänken ausstatten und auf die jeweiligen Spender aufmerksam machen.

Aber gehören Bänke und andere Sitzmöbel in einer Stadt, die auch ein touristischer Anziehungspunkt sein will und in der gerade auch viele ältere Bürgerinnen und Bürger leben, nicht zur „Grundausrüstung“? Aus unserer Sicht in jedem Fall.

